V-12 Schluss mit dem Anti-Flüchtlingsdeal mit der Türkei - Für eine friedliche Lösung der kurdischen Frage!

Gremium:	Bundesvorstand
Beschlussdatum:	10.10.2019
Tagesordnungspunkt:	V – Verschiedene Anträge

Antragstext

Am 10. Oktober hat die Türkei völkerrechtswidrig einen Militäreinsatz im Norden Syriens eingeleitet. Dem vorausgegangen war ein Truppenabzug der USA aus Nordsyrien. Das Ziel dieses Einsatzes ist die Besetzung der autonomen kurdischen Region Rojava und die Vertreibung der kurdischen Bevölkerungsgruppe aus der Region. Dabei werden kurdische Menschen pauschal als „Terrorist*innen“ bezeichnet - und wie die völkerrechtswidrige Besetzung der autonomen kurdischen Region Efrin im Jahr 2018 gezeigt hat, schreckt das Erdoğan-Regime in der Türkei dabei auch nicht vor der Ermordung von Menschen und der Zusammenarbeit mit islamistischen Gruppen, etwa aus dem Umfeld von Al Quaida, zurück.

Dieser Einsatz beendet keinen Terror, er ist Terror

Besonders empörend ist dabei die Begründung des Einsatzes mit der Terrorismusbekämpfung. Jene kurdische Truppen, die nun angegriffen werden, haben ganz konkret den Terror des islamischen Staates bekämpft und beendet. Sie sind dafür verantwortlich, dass unzählige Menschenleben gerettet wurden und ganze Bevölkerungen, wie die Jesid*innen, vor einem Genozid bewahrt wurden.

Mit der Destabilisierung der Region durch die Türkei wird nun wieder eine Grundlage geschaffen, auf der sich der islamische Staat ausbreiten kann. Kurdische Truppen werden nun an die Grenze abgezogen. Im Inland entsteht damit ein Machtvakuum für kaltblütige Terroristen. Außerdem können die Gefangenenlager des islamischen Staates nicht mehr kontrolliert werden, was dazu führt, dass Massenmörder entkommen und mit ihren Gräueltaten fortfahren können.

Die technische Ausstattung für diesen Einsatz ist dabei zentral auf Europäische Staaten zurückzuführen. Entgegen anders lautender Ankündigungen genehmigte die Bundesregierung alleine im Jahr 2018 Rüstungsgüter in einem Wert von mehr als 240 Millionen Euro an die Türkei - nach dem ersten völkerrechtswidrigen Einmarsch der Republik Türkei in der Region Efrin.

Dass die Europäische Außenpolitik bei der Ermöglichung dieses Vorgehens

mitgeholfen hat und sich diplomatisch nicht einmal um eine Verhinderung dieses Einsatzes bemüht, ist in den Augen der GRÜNEN JUGEND ein Skandal.

Wir fordern deshalb:

- Die Einleitung von wirtschaftlichen Sanktionen gegen die Türkei
- Einen Ausschluss der Türkei aus dem Millitärbündnis der NATO
- Eine Aufkündigung des Anti-Flüchtlingsdeals mit der Türkei
- Ein Exportverbot für jegliche Rüstungsgüter an die Türkei
- Alle diplomatische Bemühungen zum Stoppen dieses Einsatzes statt Wegschauen durch die Deutsche Bundesregierung und die Europäische Union
- Bemühungen der Bundesregierung für eine UN-Resolution gegen diesen Einsatz
- Bemühungen der Bundesregierung für ein Verfahren gegen den Türkischen Staatspräsidenten Erdoğan vor dem internationalen Gerichtshof in Den Haag
- Die Einstellung von allen Zahlungen an die Türkei, etwa im Rahmen der EU-Beitrtittsverhandlungen

Dieser Einsatz ist ein faschistischer Angriff auf alle Kurd*innen

Vor allem stehen wir aber in diesen Tagen an der Seite der Zivilbevölkerung in Nordsyrien, die den brutalen Allmachtsphantasien bei Ignoranz der Deutschen Bundesregierung und der Europäischen Union, ausgeliefert ist. Alle Menschen in der Region, ganz egal, welcher Bevölkerungsgruppe sie angehören, haben unsere volle Solidarität.

Im Kern dieses Einsatzes steht jedoch die kurdische Frage. Bekannt gewordene Umsiedlungspläne der Türkischen Regierung zeigen, dass es dem Erdoğan-Regime im Kern um eine ethnische Säuberung der Region geht. Kurdinnen und Kurden, die schon im Inland der Türkei massivstem, staatlich organisierten Terror ausgesetzt sind, sollen nun auch aus rassistischen Gründen im Ausland vertrieben werden, um Erdoğans Phantasie einer großen, islamischen und ethnisch einheitlichen Türkei zu weichen.

Diese tragische Eskalation ist auch deshalb zu Stande gekommen, weil die Anliegen der Kurdinnen und Kurden über Jahrzehnte durch die westliche Außenpolitik vernachlässigt wurden. Dies zeigt sich an der untergeordneten Rolle der kurdischen Minderheitenrechte bei den EU-Beitrittsverhandlungen mit der Türkei oder nun erst durch den Truppenabzug der USA aus Nordsyrien und die damit

einhergehende Ermöglichung dieses Massenmordes.

Die GRÜNE JUGEND steht an der Seite der kurdischen Bevölkerungsgruppe und ihrer vielen politischen Akteur*innen, die um eine friedliche Lösung der kurdischen Frage bemüht sind. Wir wollen sie nicht länger ignorieren, sondern, um Freiheit, Selbstbestimmung und Frieden in der Region zu schaffen an einem kurdischen Staat festhalten.

Wir fordern deshalb:

- Die Bemühung um einen kurdischen Staat durch die Europäische Union und die Bundesregierung
- Verstärktere diplomatische Beziehungen zur Regierung der Autonomieregion Rojava
- Die Wahrung der kurdischen Minderheitenrechte als Priorität Europäischer Türkeipolitik
- Eine Aufhebung der Verbote kurdischer Organisationen und Symbole in Deutschland und in der EU